

## Optimierung unter der Lupe

# Fusionen werfen Steuerfragen auf

15. Mai 2014

**Zusammenschlüsse und Übernahmen lassen sich nicht mehr so steuergünstig durchziehen wie früher. Behörden werden strenger, und Firmen fürchten vermehrt um ihre Reputation.**

ng. Jahrzehntlang war es nicht ungewöhnlich, dass bei Fusionen und Übernahmen Steueroptimierung betrieben wurde. Die Transaktion und die damit verbundene Restrukturierung sollte möglichst steuergünstig über die Bühne gehen und der Käufer danach so aufgestellt sein, dass im Hinblick auf die Weiterführung des Geschäfts der Kostenfaktor Steuern möglichst gering ausfiel. Dies war wohl auch beim Zusammenschluss der beiden Werbegiganten Publicis und Omnicom geplant, der vergangene Woche aus verschiedenen Gründen platzte.

### Kritischer betrachtet

Die Transaktion sollte abgewickelt werden, ohne dass Firmen und Aktionäre besteuert werden. Zudem war der Hauptsitz des Konzerns, der operativ von New York und Paris aus hätte geführt werden sollen, in den Niederlanden und der Steuersitz in Grossbritannien geplant. Damit hätten jährlich Steuern von 80 Mio. \$ gespart werden sollen. Zum Zeitpunkt des Entscheids gegen die Fusion hatten die Behörden ihre Zustimmung aber nicht gegeben.

Laut Steuerexperten muss davon ausgegangen werden, dass Behörden auch künftig Fusionen und Übernahmen kritischer betrachten werden und ihren Ermessensspielraum weniger ausschöpfen dürften. Transaktionen liessen sich nicht mehr so einfach durchziehen wie früher, sagt Oliver Jäggi, Steuerexperte bei Tax Partner AG. Die Steuerfragen würden komplizierter, und die Firmen hätten bei der Steuerplanung viel weniger Möglichkeiten, was schliesslich zu einer höheren Steuerquote führe.

Dies hat mehrere Gründe. Die Behörden spüren den politischen Druck, weil angesichts leerer Staatskassen viele Länder die Steuerschraube anziehen. Auch die Öffentlichkeit interessiert sich heutzutage dafür, warum Konzerne Gewinne in Niedrigsteuerländer transferieren, was die Diskussionen von rechtlichen hin zu moralischen Fragen wie etwa «Wie aggressiv darf Steuerplanung sein?» verschiebt. Unternehmen machen sich daher nicht nur Gedanken darüber, welche steuerlichen Strukturen legal sind, sondern überlegen sich auch vermehrt, wie diese von einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen werden könnten.

Vor allem bei grösseren Übernahmen fallen Überlegungen dieser Art ins Gewicht. Angesichts der Offenlegungspflichten und des öffentlichen Interesses seien die Reputationsrisiken für die Firmen dann besonders ausgeprägt, sagt Peter Uebelhart, Leiter Steuern KPMG Schweiz. Es werde immer schwieriger, steuerliche Strukturen zu verteidigen, die sich nicht mit einer gewissen wirtschaftlichen Logik erklären liessen.

Bisweilen zielt die öffentliche Empörung aber auch ins Leere. Der britische Mobilfunkanbieter Vodafone wurde etwa dafür kritisiert, dass der Erlös aus dem Verkauf der Verizon-Wireless-Beteiligung in den Niederlanden angefallen ist und der Konzern dafür keine Steuern zahlen musste. Die Beteiligung wurde jedoch von einer niederländischen Tochter gehalten, und Vodafone hätte auch in Grossbritannien keine Steuern zahlen müssen.

Unternehmen und Aktionäre müssen aber nicht nur damit rechnen, dass sie auf den Gewinnen der Transaktion mehr Steuern zahlen müssen. Auch die Finanzierung dürfte sich laut Flurin Poltera, Partner und Head M&A Tax bei Deloitte, nicht mehr so steuergünstig strukturieren lassen wie früher. Kosten für das Fremdkapital, mit dem die Übernahme finanziert werde, könnten steuerlich nicht mehr so einfach in Abzug gebracht werden. Entsprechende internationale Regeln sind auch im Rahmen der OECD-Steuerinitiative Base Erosion and Profit Shifting (Beps) geplant (siehe Kasten). Der Aktionsplan gegen ein Aushöhlen der steuerlichen Bemessungsgrundlage und Gewinnverlagerungen wird derzeit ausgearbeitet. In gewissen Ländern wie Deutschland oder Frankreich bestehen aber bereits heute Regeln, welche mit Beps eingeführt werden sollen.

### **Steuersitz verlagert**

Nicht zuletzt wirft der Aktionsplan auch schon seine Schatten voraus – etwa wenn es um die neue Steuerstruktur geht. So liesse sich unter Beps nur schwierig begründen, warum wie etwa im Fall von Publicis/Omnicom der Steuersitz in Grossbritannien liegen soll, das operative Geschäft aber weiterhin von Paris und New York aus geführt wird. Denn die Hauptstossrichtung der OECD-Steuerinitiative ist, dass Steuern dort bezahlt werden, wo auch die entsprechende Wertschöpfung erzielt wird.

Auch der US-Pharmakonzern Pfizer, der den britischen Rivalen AstraZeneca kaufen will, wird dafür kritisiert, dass im Rahmen der angestrebten Übernahme der Steuersitz ins günstigere Grossbritannien verlegt werden soll. Diskussionen dieser Art werden vor allem geführt, wenn die Käufer in der Öffentlichkeit stehen. Kleinere Übernahmen sind viel weniger auf dem Radar. Doch auch bei den Firmen, die an grösseren Transaktionen beteiligt sind, dürften die Sorgen rund um drohende Reputationsrisiken wieder abflachen, wenn sie nicht mehr im Scheinwerferlicht stehen.

### **Firmen sehen Risiken**

ng. · Einige Länder haben bereits internationale Regeln antizipiert, die durch die OECD-Steuerinitiative Beps eingeführt werden sollen. Laut einer Studie von Ernst & Young (EY) befürchten 30% der befragten Führungskräfte, dass Länder zunehmend einseitig handeln und im Rahmen der OECD kaum ein koordiniertes Vorgehen gelingen wird. 61% erwarten, dass deswegen die Gefahr von Doppelbesteuerungen steigt. 81% gehen davon aus, dass die Steuerrisiken generell steigen werden.